

**RS Vwgh 1994/6/28 93/08/0197**

JUSLINE Entscheidung

🕒 Veröffentlicht am 28.06.1994

## **Index**

40/01 Verwaltungsverfahren

62 Arbeitsmarktverwaltung

66/02 Andere Sozialversicherungsgesetze

## **Norm**

AIVG 1977 §25 Abs2;

AIVG 1977 §44;

AIVG 1977 §46 Abs2;

AIVG 1977 §46 Abs4;

AVG §39 Abs2;

AVG §45 Abs2;

## **Rechtssatz**

Die Ersatzpflicht einer dritten Person nach § 25 Abs 2 AIVG wegen "falscher Angaben" setzt unter anderem voraus, daß sie "HIEDURCH" (dh durch die - gegenüber dem Arbeitsamt gemachten - falschen Angaben) einen unberechtigten Bezug von Leistungen nach dem AIVG, unter anderem von Notstandshilfe, verursacht hat. Da die Notstandshilfe aber vom Arbeitsamt nach Durchführung eines in den § 44 ff AIVG näher geregelten Verfahrens zu gewähren ist, liegt eine solche "Verursachung" durch falsche Angaben jedenfalls dann nicht vor, wenn der Arbeitslose selbst in dem nach § 46 Abs 2 AIVG zur Geltendmachung seines Anspruches auf Notstandshilfe zu verwendenden Antragsformular (dessen Angaben das Arbeitsamt in die Lage versetzen sollen zu beurteilen, ob - ua unter Bedachtnahme auf das Einkommen seines Ehegatten - ein Anspruch besteht: Hinweis E 11.5.1993, 92/08/0182) zum "Nachweis" seines Anspruches iSd § 46 Abs 4 AIVG (Hinweis E 20.6.1985, 84/08/0099, E 21.11.1989, 88/08/0258, E 10.3.1992, 92/08/0023), der unter anderem auch vom Einkommen seines Ehegatten abhängt, dessen Nettoeinkommen im wesentlichen richtig angibt und nur die dem Arbeitsamt zum Beweis seiner Behauptung über dessen Aufforderung als Beweismittel vorgelegte Lohnbestätigung des Dienstgebers seines Ehegatten davon abweichende "falsche Angaben" enthält. Denn bei dieser Aktenlage hat das Arbeitsamt den offenkundigen Widerspruch zwischen den primär entscheidenden Angaben des Arbeitslosen und dem diese Angaben nicht bestätigenden Beweismittel vor Gewährung der Notstandshilfe aufzuklären und darf sich nicht - zugunsten des Arbeitslosen, aber zu Lasten der "dritten Person" - ohne den Versuch einer solchen Aufklärung zu unternehmen ohne weiteres auf das Beweismittel stützen. Der unberechtigte Bezug von Notstandshilfe ist in einem solchen Fall nicht auf diese "falschen Angaben", sondern (primär) auf Verfahrensverstöße des Arbeitsamtes zurückzuführen.

## **Schlagworte**

Besondere Rechtsgebiete Diverses Beweiswürdigung Wertung der Beweismittel

## **European Case Law Identifier (ECLI)**

ECLI:AT:VWGH:1994:1993080197.X01

## **Im RIS seit**

18.10.2001

**Quelle:** Verwaltungsgerichtshof VwGH, <http://www.vwgh.gv.at>

© 2026 JUSLINE

JUSLINE® ist eine Marke der ADVOKAT Unternehmensberatung Greiter & Greiter GmbH.

[www.jusline.at](http://www.jusline.at)